



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Umfassende Aufklärung der Tat in Aschaffenburg und Konsequenzen für die Sicherheitspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge im Fall des Messerangriffs in Aschaffenburg am 23. Januar 2025 durchzuführen und dem Landtag Bericht zu erstatten. Dabei wird dem Landtag uneingeschränkter Zugang zu den Akten des Tatverdächtigen gewährt.
2. unverzüglich Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit in Bayern zu ergreifen. Dazu gehören vor allem:
 - Einrichtung zusätzlicher Abschiebehaftplätze
 - konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger und straffälliger Ausländer
 - vollständige Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber
 - Einführung eines Meldesystems für Kommunen, das sie über die Unterbringung psychisch kranker und gefährlicher Asylbewerber informiert
 - Einstellung der Finanzierung von Organisationen, die sich gegen Abschiebungen einsetzen
3. sich mit aller Entschiedenheit dafür einzusetzen, illegale Migranten und Personen ohne Ausweispapiere konsequent und ausnahmslos an den deutschen Grenzen zurückzuweisen.
4. die Zusammenarbeit mit dem Bund zu intensivieren, um eine effiziente und zeitnahe Abschiebung ausreisepflichtiger Personen zu gewährleisten.
5. dem Landtag im Drei-Monats-Rhythmus über die Zahlen, Fortschritte und Verhinderungsgründe bei Abschiebungen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Der Messerangriff in Aschaffenburg vom 23. Januar 2025, bei dem zwei Menschen, darunter ein zweijähriges Kind, getötet und mehrere schwer verletzt wurden, offenbart ein schwerwiegendes systemisches Versagen der Behörden auf Bundes- und Landesebene. Der Tatverdächtige war seit Juni 2023 ausreisepflichtig, nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seine Abschiebung nach Bulgarien im Rahmen des Dublin-Verfahrens angeordnet hatte. Trotz seiner multikriminellen Vergangenheit und psychiatrischen Vorgeschichte wurde er nicht abgeschoben, sondern konnte weiterhin unbehelligt in Bayern leben.

Während das Bundesministerium des Innern und für Heimat die „Vollzugsdefizite“ in Bayern kritisiert, verweist der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann auf die späte Mitteilung der Abschiebeanordnung durch das BAMF. Diese gegenseitige Schuldzuweisung ist untragbar und zeigt, dass weder die Bundes- noch die Landesebene ihrer Verantwortung gerecht geworden ist. Aber die Verantwortung für dieses Versagen liegt sowohl beim Bund als auch beim Freistaat.

Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass der Schöntal-Park in Aschaffenburg bereits vor der Tat von der Polizei als „gefährlicher Ort“ eingestuft worden war. Dennoch wurden keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Die Einführung einer Waffenverbotszone hat sich als wirkungslos erwiesen, da der Täter sich nicht daran hielt.

Die Bürger des Freistaates verdienen eine umfassende Aufklärung der Tat, die Übernahme der politischen Verantwortung durch die Staatsregierung und die Einleitung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage in Bayern. Es ist an der Zeit, dass die Staatsregierung endlich handelt und die Sicherheit der Bürger in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt.